



Cottbus, 17.12.12

**Stellungnahme zum Gesetzgebungsverfahren zur Neustrukturierung
der Hochschulregion Lausitz (LT-Drs. 5/6180)**



Im Wissen, dass die Entscheidung über eine Neustrukturierung der beiden Lausitzer Hochschulen allein dem Landesgesetzgeber obliegt, der dies in den durch das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Brandenburg gezogenen Grenzen beschließen kann, nehmen wir aus der Sicht der stärksten Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus wie folgt Stellung:

1. Die von den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dem Oberbürgermeister getragenen 7 Forderungen (Resolution der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Juni 2012) haben für uns unverändert Gültigkeit. Über dazu bislang gegebene mündliche Absichtserklärungen hinaus bedarf es bereits bei Fassung eines etwaigen Gesetzesbeschlusses verbindlicher Regelungen zu den einzelnen Forderungen. Insbesondere muss sichergestellt sein, dass am Standort Cottbus-Sachsendorf die Studiengänge Soziale Arbeit und Musikpädagogik fortgeführt werden. Es genügt nicht, wenn dies einerseits in Gesprächsforen („Runder Tisch II“) zugesagt, andererseits aber auf den bloßen Empfehlungscharakter der derzeitigen durch das Ministerium begleiteten Planungen hingewiesen wird, zumal der Gesetzentwurf dazu keine Aussagen trifft. Nicht anders liegt es hinsichtlich der Fragen der Finanzierung, zu denen gleichfalls bislang nur Absichtserklärungen vorliegen, die zudem in sich unschlüssig zu sein scheinen. Sollte zu diesen Fragen keine verbindliche Klärung bis zum bislang vom Landtag vorgesehenen Abstimmungstag erreicht werden können, sollte das Gesetz nicht zur Abstimmung gelangen.

2. Der Beschluss des Landtages über die Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz darf nicht erfolgen, bevor nicht der Landeshochschulplan vorliegt. Nur so wird letztlich zu erkennen sein, welche Entwicklung die bestehenden bzw. die neue Einrichtung nehmen sollen.

3. Wir halten daran fest, dass in der Lausitz an den Standorten Cottbus und Senftenberg mindestens 12.000 Studienplätze vorgehalten und die Voraussetzungen für die Ansiedlung wenigstens eines außeruniversitären Forschungsinstituts geschaffen werden müssen. Die

Sorge der Studierenden um die Akzeptanz ihres in Cottbus oder Senftenberg erworbenen Abschlusses am Arbeitsmarkt muss ernster als bisher genommen werden

4. Die Vertretungen der Beschäftigten und die Gewerkschaften haben für die Mitarbeiter der BTU und der HL beachtliche Erfolge in den Verhandlungen mit der Landesregierung erzielt. Darüber hinaus muss in den Blick genommen werden, dass ein erheblicher Anteil gerade des wissenschaftlichen Nachwuchses über sogenannte Drittmittel beschäftigt wird und von den Vereinbarungen nicht profitieren dürfte. Hier wird es gelten, etwa im Zuge der durch den Gesetzgeber verursachten Veränderungen auftretende Härten, zu denen auch die zunächst mangelnde Akzeptanz der neu gegründeten Universität bei Drittmittelgebern gehören kann, mit geeigneten Mitteln, zu denen eine Ausweitung der Stellenzahl für akademische Mitarbeiter gehören könnte, aufzufangen, um die beiden Standorte für den wissenschaftlichen Nachwuchs attraktiv zu halten.

5. Der Forderung aus der Wirtschaft, im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens einen Lausitzer Hochschulrat zu etablieren (Wirtschaftsinitiative Lausitz vom 6. November 2012), schließen wir uns an. Die beabsichtigten grundlegenden Veränderungen der bestehenden Hochschul-landschaft in Südbrandenburg erzwingen geradezu ein derartiges Beratungsgremium.

6. Die mehrmonatige Phase der öffentlichen und halböffentlichen Diskussion der Pläne des MWFK und daran anschließend des Kabinetts hat nicht dazu geführt, dass dafür eine erhöhte Akzeptanz erreicht worden wäre. Eine dies ändernde Strategie des MWFK, die die Chancen der Neustrukturierung konkret benennt und geeignet ist, die eindeutig ablehnende Haltung maßgeblicher Akteure vor Ort zu überwinden, vermögen wir nach wie vor nicht zu erkennen. Der Landtag sollte das Ministerium vor seinem Beschluss auffordern, eine solche Konzeption vorzulegen und Wege zu ihrer Umsetzung aufzuzeigen.

A handwritten signature in black ink, reading 'Werner Schaaf'. The signature is stylized with a long, sweeping horizontal line extending to the right.

Werner Schaaf
Fraktionsvorsitzender